



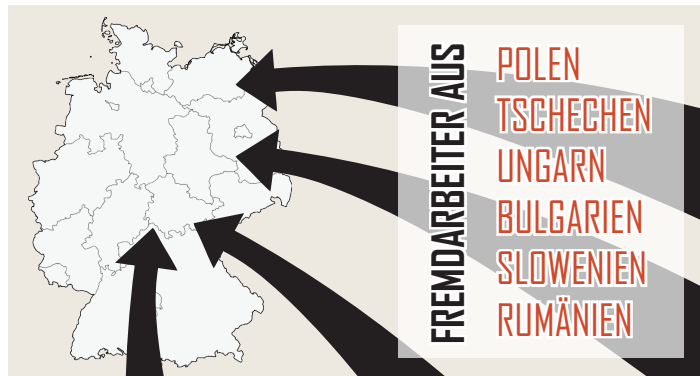
## NOCH MEHR ARBEITSPLÄTZE BEDROHT!

**Unsere Heimat - unsere Arbeit! Fremdarbeiterinvasion stoppen.**

Wer kann heute von sich behaupten, er hätte einen sicheren Arbeitsplatz? Sicher die Wenigsten. In einigen Wochen wird diese Gruppe noch kleiner. Denn ab 01. Mai soll die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den sogenannten „EU-8-Staaten“ in Kraft treten. Ab dann haben Polen, Esten, Letten, Litauer, Tschechen, Ungarn, Slowenen und Slowaken uneingeschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Von einer Arbeitslosenquote weit über der deutschen geprägt, sitzen bereits heute Hunderttausende Osteuropäer auf gepackten Koffern.

### UER ist betroffen

Besonders unserer Grenzregion droht eine Überschwemmung durch Fremdarbeiter. Laut Recherchen der polnischen Arbeitgeberkammer stehen allein eine Million Polen in den Startlöchern und warten auf den 1. Mai. Auch wenn ein Großteil dieser Massen unseren Landkreis nur zur Durchreise nutzen wird, werden viele den Vorteil der geographischen



Nähe zu ihrem Heimatland zu schätzen wissen. Sie werden auf die weitaus höheren Verdienstmöglichkeiten im Westen verzichten. Ein kleiner Lohn als Handwerker, in der Gastronomie, als Reinigungskraft, im Gesundheitswesen oder in der Metallbranche wird ausreichen, wenn man an den Wochenenden die Familie besuchen kann. Schließlich beträgt der polnische Mindestlohn nur 250 Euro Netto. Arbeitslose erhalten rund 150 Euro monatlich.

Regionale Arbeitgeber haben bereits Bedarf angemeldet. So waren auf der jüngsten Ausbildungsmesse in Stettin neben Deutscher Bank, Sparkasse,

der Bundesagentur für Arbeit und dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA auch Vertreter von Asklepios Uckermark und der Eisengießerei Torgelow zu finden.

### Mindestlohn garantiert keinen Schutz!

Auch der von einigen so hochgepriesene Mindestlohn wird den deutschen Arbeitern in den meisten Fällen wenig nützen. Zum einen zahlen, wenn überhaupt, meist nur große Firmen in unserem Landkreis einen Tariflohn, und zum anderen gibt es bei fast jeder gesetzlichen Regelung Schlupflöcher (Werkverträge, Scheinselbst-

ständige usw.), die abgebrühte Geschäftemacher schamlos ausnutzen. Es ist noch gar nicht absehbar, mit welchen Tricks polnische oder auch deutsche Firmen mit Ablegern im Ausland die Menschenströme in Richtung Deutschland steuern werden.

Doch nicht nur Arbeitnehmer müssen ab Mai noch mehr um ihren Arbeitsplatz zittern. Auch Unternehmer, vor allem die mittelständischen, werden ungeschützt einem ungleichen Konkurrenzkampf ausgeliefert. Die unterschiedlichen Fixkosten deutscher und polnischer Arbeitgeber spielen dabei eine große Rolle. Aufgrund der niedrigen Lohnnebenkosten im Ausland steht heute schon fest, wer diesen Kampf verlieren wird.

All jene, die ihre Stimme weiterhin den Systemparteien geben, die jetzt noch meinen, daß alles sei reine Panikmache, sei empfohlen, bis 2013 zu warten, dann nämlich greift die Freizügigkeit auch für Rumänen und Bulgaren...

## B 104 - Anwohner setzen sich zur Wehr

Dem Demonstrationsaufruf der NPD und der BI „Schöner und sicherer Wohnen“ folgten im Dezember 2010 rund 100 Landsleute. Sie kamen nach Löcknitz, um der Forderung

„Schließung des Grenzüberganges Linken für den schweren LKW-Verkehr“ deutlichen Nachdruck zu verleihen. Die Redner gingen auf die Unfähigkeit der Herrschenden ein

und brachten ihren Unmut über deren Abwesenheit zum Ausdruck. All das scheint die abgehobenen Bonzen nicht zu interessieren. Wir hingegen werden dieses Thema weiter verfolgen, bis eine nachhaltige Lösung für unsere Bürger herbeigeführt wird.



## AUS DEN GEMEINDEN

Die NPD-Fraktion in der **Ueckermünder** Stadtvertretung beantragte, daß der Hauptausschuß (HA) zukünftig in öffentlicher Sitzung tagen sollte. Da der HA neben der Stadtvertretung das entscheidungshöchste Gremium darstellt, in dem Beschlüsse bis zu einer viertel Million Euro verabschiedet werden können, eine mehr als bürgernahe Forderung. In Zeiten von Wahlbeteiligungen unter 40 % eine absolute Notwendigkeit. Mitbestimmung Fehl-anzeige – der Antrag wurde abgelehnt.

Darüber hinaus beantragen die drei Ueckermünder NPD-Vertreter, dem Hundekotproblem in der Stadt an den Kragen zu gehen. Ein erster Maßnahmenkatalog wurde vorgelegt, mit dem sich in der Aprilsitzung beschäftigt wird. Auch hier ist die ablehnende Haltung der übrigen Stadtvertreter zu erwarten.

Der **Eggesiner** NPD-Stadtrat Mathias Panhey forderte von den übrigen Stadtvertretern, auf einen Teil der monatlichen Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen zum Wohle der Stadtkasse zu verzichten. Immerhin plagt Eggesin ein ungefährer Schuldenstand von 20,5 Millionen Euro. Mit dem eingesparten Geld könnten z.B. Kinder- und Jugendprojekte unterstützt werden. „Geiz ist geil“, dachte da wohl der eine oder andere Stadtvertreter – der Antrag wurde abgelehnt.

# Kreistag Uecker-Randow: drei NPD-Anträge abgelehnt!

## „Lage der Freiwilligen Feuerwehren öffentlich thematisieren!“

So lautete die Forderung der NPD-Kreistagsfraktion. Der Landrat sollte mit fachkundiger Unterstützung einen offenen Brief verfassen, in dem die Lage der Freiwilligen Feuerwehren (FFW) dargestellt wird. Immerhin wurden in UER in den letzten Jahren 21 FFW aufgelöst. Seit 98 sind 250 aktive Mitglieder und 300 Mitglieder der Jugendwehren verloren gegangen. Der überwiegende Teil der 64 FFW im Landkreis hat von montags bis freitags große Schwierigkeiten, nach der vorgeschriebenen Norm auszurücken. Ausrüstung und Technik sind teilweise bis zu 40 Jahre alt.

Damit später niemand behaupten kann, er hätte von nichts gewußt, sollte der Brief allen Mitgliedern des Landtages, dem Landes- und Bundesfeuerwehrverband, den Medien und einigen Bundestagsabgeordneten zugestellt werden.

Wie wichtig eine solche öffentliche und grundlegende Analyse gewesen wäre, zeigte die Hochnäsigkeit im Schweriner Landtag wenige Wochen später. Als die NPD-Fraktion dort forderte, „Wirklichkeitsgetreue Darstellung der Lage der Freiwilligen Feuerwehren im Land M-V und flächendeckende Sicherung des Brandschutzes gewährleisten“, wurden die erheblichen Wissenslücken einiger Bonzen deutlich. Heinz Müller (SPD)

höhnte, daß die „Schwarzmalerei“ der NPD völlig aus der Luft gegriffen sei und es den Wehren im Land gut gehe. Eine Schande, wie Politiker aus purem Hass gegenüber der Nationalen Opposition die Realität verdrehen und somit die Sicherheit der Bürger gefährden.

## NPD fordert: Kreisfeuerwehrezentrale erhalten!

Mit großem Aufwand wurde in den letzten Jahren die Kreisfeuerwehrezentrale in Pasewalk geschaffen. Im Zuge der Kreisgebietsreform könnte diese Einrichtung vom Aus bedroht sein. Dabei stellt sie den wichtigsten Anlaufpunkt für die Ausbildung der Kameraden, der Reinigung von Schläuchen und der Durchsicht der technischen Ausrüstung dar. Im Falle einer Schließung müßten die Kameraden weitere Wege vermutlich sogar bis Greifs-

wald in Kauf nehmen. Allen Warnungen zum Trotz, gab es keine Zustimmung.

## NPD fordert: Bürgertelefon einrichten!

Wie wichtig „ein kurzer Draht nach oben“ sein kann, ist unumstritten. Um allen Einwohnern im Landkreis die Möglichkeit zu geben, ohne behördliche Umwege stets einen Ansprechpartner für alle Anliegen und Probleme zu erreichen, forderte die NPD-Fraktion, ein Bürgertelefon einzurichten. Durch die regelmäßige und zeitnahe Kommunikation zwischen dem Bürgertelefon-Bbeauftragten und Landrat Böhning sollte gewährleistet werden, daß schnelle Lösungen über den kurzen Dienstweg herbeigeführt werden können. Vermutlich aus Angst vor zu viel Bürgernähe wurde auch diese Forderung abgebugelt.

## Direktkandidaten für die Landtagswahl gewählt

Vom Kreisverband Uecker-Randow wurden für den Wahlkreis 35 (Uecker-Randow I) der Landtagsabgeordnete Tino Müller und für den Wahlkreis 36 (Uecker-Randow II) der Löcknitzer Bauunternehmer Dirk Bahlmann gewählt.

Auf der NPD-Landesliste zur Landtagswahl geht als Spitzenkandidat Udo Pastörs ins Rennen, gefolgt von Tino Müller, Michael Andrejewski und Stefan Köster. Weitere Vertreter auf der Liste aus

dem Uecker-Randow-Kreis sind auf Platz 12. Marko Müller, 17. Dirk Bahlmann und 19. Kristian Belz.

**Nicht aus Protest sondern aus Überzeugung am 4. September NPD wählen!**



## Bürgertelefon - 039771 / 544358

Den NPD-Kreisverband Uecker-Randow sowie alle NPD-Kommunalpolitiker können Sie bei Fragen, Problemen und Anregungen über das NPD-Bürgertelefon erreichen.



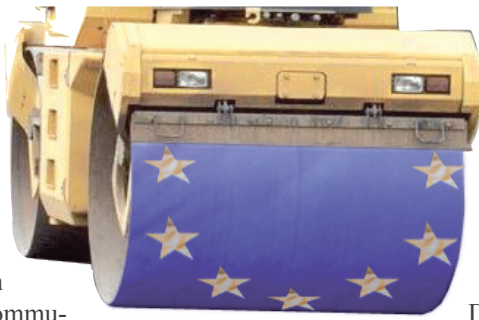
# POMERANIA - FLUCH ODER SEGEN?

Einige Menschen im Landkreis Uecker-Randow sind der Meinung, daß die Pomerania eine Wohltätigkeitsorganisation ist, die viele Projekte finanziell unterstützt. Bestärkt werden sie durch Aussagen kommunaler Politiker: „Dieses Projekt wurde durch die Pomerania finanziert“ oder „Wir beantragen Fördermittel bei der Pomerania“.

## Ist die Pomerania wirklich so spendabel? Wir klären auf:

Ziel der Europaregion Pomerania ist (Zitat) „die Schaffung grenzüberschreitender Einzugsgebiete für Wirtschaft und Dienstleistungen, die Umfunktionierung der Staatsgrenzen zu Verwaltungsgrenzen und die langfristige Umwandlung der nationalen Randlage der Grenzgebiete in eine europäische Binnenlage“. Unserem Verständnis nach also die Vorstufe zur Auflösung aller staatlichen Grenzen im Dienste der internationalen Wirtschaft und die Schaffung eines Europäischen Gemeinschaftsbildes getreu dem Vorbild USA.

Um dieses Ziel zu verwirklichen, finanziert die Europäische Union die „europaweite grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ mit Milliarden. In unserer Region sind es in der aktuellen Förderperiode bis 2013 etwa 132,8 Millionen



Euro. Mit diesem Geld werden z.B. Radwege gebaut, werden deutsch-polnische Kindergärten, Musikschulorchester, Museen und Theater unterstützt, es werden grenzüberschreitende Berufsausbildungen und Wirtschaftsmessen organisiert und es werden europäische Begegnungsstätten aufgebaut. Voraussetzung für eine Förderung ist stets die Zusammenarbeit beiderseits der Grenzen. Deutsche und Polen sollen einander näher kommen und „kulturelle und sprachliche Barrieren überwinden“. Europäische Einheitsmenschen völlig kultur- und wurzellos scheinen dabei der Wunschgedanke zu sein.

Ganz abgesehen davon, daß die meisten Deutschen wenig davon haben dürften, wenn in Polen Beratungszentren oder Begegnungsstätten eröffnet werden, bleibt die Frage:

## Woher kommt das Geld dafür?

Die Kommunalgemeinschaft Pomerania e.V., so wie es oft heißt, ist jedenfalls kein Geldgeber. Dieser Verein stellt vielmehr nur den deutschen Teil

der gesamten Europaregion Pomerania dar. In der vereinseigenen Geschäftsstelle in Löcknitz erhält man zwar Unterstützung beim Umgang mit Förderanträgen. Das Ganze wird jedoch von unseren Steuergeldern mitfinanziert. Denn vier Mitarbeiter des Vereins arbeiten anteilig für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Hinzu kommt, daß der Verein Pomerania e.V. selbst gerne zum Antragsteller wird und Fördermittel in Millionenhöhe kassiert. So werden z.B. dessen grenzüberschreitende Service- und Beratungszentren in Deutschland und Polen bis 2015 mit über zwei Millionen Euro gefördert.

## Finanzierung durch deutsche Steuerzahler

Da es sich bei den Fördergeldern um EU-Mittel handelt und die BRD den größten Nettozahler der EU darstellt, handelt es sich um Ihr hart verdientes Steuergeld, mit dem deutsch-polnische Begegnungszentren, Bildungsstätten und Beratungsbüros finanziert werden.

Größter Nutznießer ist selbstverständlich Polen. Zum einen nutzen überwiegend Polen die Möglichkeit der länderübergreifenden Beratungsstellen, um in Deutschland wirtschaftlich Fuß zu fassen. Zum anderen gehört Polen neben Griechenland zu den größten Empfängerländern in der EU. Allein Polen bekam 2008

fast 4,5 Milliarden Euro mehr ausgezahlt, als es einzahlte.

## Austritt längst überfällig

Unserer Meinung nach ist es daher überflüssig, daß der Landkreis Uecker-Randow Mitglied in der Pomerania ist und dafür jedes Jahr fast 30.000 Euro Mitgliedsbeitrag zahlt.

Genauso überflüssig wie Deutschlands Mitgliedschaft in der EU. Sinnvoller wäre es, die fast 9 Milliarden Euro, die 2008 von Deutschland – im Gegensatz zu Polen – mehr in die EU-Kasse eingezahlt als ausgezahlt wurden, direkt und nur in deutsche Regionen zu investieren, ohne eine zwanghafte und überflüssige Projektpatenschaft mit Polen einzugehen. Fahrradwege und Straßen könnten so viel unkomplizierter und ohne bürokratischen Aufwand da gebaut werden, wo sie nötig sind z.B. entlang der B 104, anstatt das Geld für überflüssige Begegnungszentren auszugeben.

## TRAURIG ABER WAHR

In der Regel muß jeder Notfallpatient binnen 10 Minuten durch einen Notarzt bzw. einen Rettungstransporter erreicht werden. In einigen Bereichen unseres Landkreises können die gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen zur Notfallrettung jedoch nicht mehr eingehalten werden. Hierzu zählen bislang die Orte Blankensee, Glashütte, Grünz, Mewegen, Pampow, Rothenklempenow, Sommersdorf, Borken und Marienthal. Anstatt Abhilfe zu schaffen, sucht der Landkreis jetzt Ehrenamtliche Helfer, die die entsprechenden Zeitintervalle überbrücken sollen.

## Brauchen Sie Rat und Hilfe? Wenden Sie sich an die NPD!

Jeden Montag finden im Bürgerbüro in **Anklam (Pasewalker Str. 36)**, und monatlich im Bürgerbüro in **Ueckermünde (Wallstraße 27)** Hartz-IV-Beratungen statt.

Rechtsanwalt Michael Andrejewski steht Ihnen jeweils von 10.00 - 18.00 Uhr zur Verfügung.

**Terminvereinbarungen unter: 03971 / 24 42 80 oder 03971 / 24 21 74 (Anklam) und unter: 039771 / 53 21 3 (Ueckermünde).**



## ■ Kurz und Knapp

**AUSLÄNDER:** Zum Stichtag 31.12.2009 hielten sich im Landkreis Uecker-Randow 1.695 Ausländer auf. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 2,321 %. Den Großteil der Ausländer stellten die Polen mit 1.252. Neben ihnen leben Ausländer aus weiteren 55 Herkunftsländern in unserem Landkreis.

**UER:** Im Gesundheitsausschuß des Landkreises gab es durch die CDU/FDP eine Neubesetzung für den zurückgetretenen Wolfgang Kriesel. Eigentlich nichts Besonderes. Nur der neu eingesetzte Pole Jan Rybski fehlte nach seiner Verpflichtung im Oktober von vier Sitzungen viermal unentschuldig. Wer kann diesen Parteien noch vertrauen?

## Helfen Sie mit, unterstützen Sie die Verbreitung unserer Zeitung!

Werden Sie dauerhaft Leser des Uecker-Randow-Boten. Auf Nachfrage erhalten Sie alle Ausgaben eines Jahrganges und alle Neuerscheinungen. Oder fordern Sie eine größere Stückzahl an, um sie in Ihrer Nachbarschaft zu verteilen.

Sie haben wichtige Informationen, die in die Öffentlichkeit gehören? Vertrauen Sie sich uns an und treten mit uns in Kontakt!

## ■ Herausgeber

### Bürgerinitiative „Schöner und sicherer Wohnen“

Postfach 1138 in 17368 Ueckermünde

Tel./Fax: 039771 - 54 43 58  
redaktion-uer@web.de

V.i.S.d.P.: Tino Müller, Wallstraße 27  
17373 Ueckermünde - E.i.S.

Kein gewerbliches Unternehmen. Kein Verkauf. Kostenbeiträge sind freiwillig.

# Polenkriminalität erreicht Rekordzahlen!

Durch den Schengen-Beitritt Polens entfielen ab Dezember 2007 die Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Polen. Schon im Vorfeld warnte die Nationale Opposition vor den Konsequenzen dieser unverantwortlichen Maßnahme, und schon mehrmals forderten wir zum Schutz unserer Bürger, die Grenzkontrollen umgehend wieder einzuführen.

Einige Gutmenschen, allen voran Innenminister Caffier, bezeichneten unsere Forderungen als volksverhetzend und überflüssig. Sie behaupteten immer wieder, daß es durch die Grenzöffnung keine Zunahme der Kriminalität gebe und auch zukünftig nicht geben werde.

Neben den persönlichen Erlebnissen vieler Bürger aus unserem Landkreis, die am eigenen Leib erfahren mußten, wie unrecht der CDU-Minister hatte, liegt unserer Redaktion nun aktuell aufgearbeitetes Zahlen-

material vor, welches die wahren Ausmaße der Grenzriminalität verdeutlicht:

So stiegen die polnischen Straftaten in Uecker-Randow in den letzten Jahren um ein vielfaches! Allein 2010 wurden 352 Ermittlungsverfahren mit polnischen Tatverdächtigen bearbeitet. Inwieweit die täglich von Bundespolizisten festgestellten Straftaten entlang der A 11 und der B 104 in diesen Zahlen mit einfließen, ist nicht sicher.

Sicher ist aber, wer die Verantwortung dafür trägt, daß Grenzen unkontrolliert und



ungeschützt bleiben, daß mehr und mehr Bundes- und Landespolizisten sowie Zolleinheiten aus den ländlichen Regionen abgezogen werden: Die Versager der etablierten Parteien!

## Was können wir tun – wie können wir uns schützen?

In Anbetracht der Lage hat die volkstreue Bewegung bereits Gespräche mit einheimischen Bürgern geführt, um organisatorisch wie auch personell Hilfestellung beim Aufbau einer Heimwehr zu leisten. In Usedom ist es dem örtlichen NPD-Stadtvertreter mit Unterstützung eines weiteren Bürgers gelungen, zwei polnische Straftäter zu verfolgen und zumindest einen dingfest zu machen. Die Polizei bedankte sich bei der „Übergabe“ des Kriminellen für den Mut und die Zivilcourage der beiden Deutschen. Darum: seien Sie wachsam und unterstützen Sie sich gegenseitig!

# Martensches Bruch - eine blühende Landschaft?

Die 1990 von Helmut Kohl versprochenen blühenden Landschaften werden heute traurige Wirklichkeit, nur leider in Form von stinkenden „Faulseen“ als Paradies für Mücken.

„Renaturierung“ heißt das Zauberwort. Als wenn Wiesen und Wälder keine Natur wären, versucht man die Wiedervernässung weiter Kulturlandschaftsflächen als nützlich zu verkaufen. Dabei steht fest, daß hinter all dem Gefasel von „Rückkehr zur Natur“ oder „Amazonas des Nordens“ knallharte Finanzinteressen stecken.

Durch den Bau der Opal-Erdgasleitung und dem damit verbundenen Eingriff in die Natur

soll das Martensche Bruch bei Hintersee als Ausgleichsfläche dienen. Befürchtungen, daß durch die Wiedervernässung des Moorkörpers der Grundwasserspiegel steigen und die umliegenden Keller überfluten könnte, werden von den Herrschenden nicht ernst genommen.

Im Gegenteil: Obwohl rund 18 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche kultivierte Moore sind, will die SPD-CDU Landesregierung landesweit 75.000 Hektar Kulturlandschaft wiedervernässen. Den Schweiß und die Mühen unserer Vorfahren bei der einstigen Landgewinnung für Siedlung und Nahrungsgewinnung (der Begriff Melioration dürfte vielen ge-

läufig sein) schenkt man dabei keine Beachtung. Wozu auch? Schließlich sind es die gleichen Politiker, die dafür sorgen, daß unser Getreide in Biogasanlagen verbrannt oder für die Herstellung von „Bio“-kraftstoff mißbraucht wird. Für die Ernährung des eigenen Volkes setzen sie immer mehr auf die Abhängigkeit vom Ausland.

Fest steht, daß einzelne Proteste, wie jetzt von Anwohnern beim Martenschen Bruch, bei der Flutung des Anklamer Stadtwaldes oder im Norden der Insel Usedom, nur wenig Aussicht auf Erfolg haben. Solange die Versagerparteien an der Macht sind, werden sie sich weiter über die Interessen des eigenen Volkes hinwegsetzen.